

Liebe Anwesende,

mein Name ist Andreas Jost und ich zähle zu den vielen Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Wobei der Gesetzgeber von Opfern spricht, ich selbst aber lieber von Betroffenen, auch wenn wir zu Opfern gemacht wurden. Jedoch habe ich mich viel zu lange in einer Opferrolle bewegt, bis ich erkannt hatte mich aus dieser heraus bewegen zu müssen. Deshalb spreche ich von Betroffenen, welche eben nicht länger Opfer sein sollen und deren Betroffenheit in einigen Fällen, vielleicht auch gar nicht so weit von der meinen abweicht.

Denn ich bin nicht nur betroffen von dem Leid, welches uns damals widerfahren ist.

.... Genauso wie sich meine Betroffenheit auch nicht auf das Erlebte und dessen Folgeschäden reduziert. Welche oftmals nicht gesehen werden wollen, oder sogar gezeugnet werden. Und durch welche unser Leben auch heute noch, in vielen Belangen fremdbestimmt wird.

..... Ich bin tief betroffen über die vielen Menschen, welche glauben, dass es mit dem Solidaritätsbeitrag getan sein dürfte. Obschon es deutlich sein sollte, dass dieser keine Grundlage dafür darstellen kann, um wenigstens unseren Lebensabend in Würde und ohne konstante Existenzängste verbringen zu können.

..... Weshalb mich vor allen Dingen die offensichtlich mangelhafte Bereitschaft dazu, diese Aufarbeitung an Massnahmen zu binden welche der Sache angemessen sind, sehr betroffen stimmt.

..... Dennoch möchte ich unserem Parlament nicht unterstellen, dass dieses vorwiegend aus schwarzen Schafen bestehen würde. Weshalb ich hoffe, die noch fehlende Bereitschaft zu angemessenem Handeln, vorerst einmal auf eine mangelhafte Kenntnis des Sachverhalts und dessen tatsächliche Tragweite zurück führen zu können. Denn bei diversen Gesprächen, welche ich mit Amtspersonen geführt hatte zeigte es sich nicht selten, dass diese tatsächlich der Überzeugung waren, alles sei doch so gut geregelt.....

Und natürlich versteht es sich von selbst, dass bei unseren Parlamentariern keine, mit den Arbeiten der UEK vergleichbare Auseinandersetzung unserer Geschichte möglich war. Genauso wie diese Menschen auch nicht selbst die Erfahrung machen mussten, ein Leben welches vorwiegend aus Existenzängsten und Benachteiligungen besteht verbringen zu müssen.

..... Von daher also dürfte es aus einer analytischen Perspektive heraus betrachtet zumindest nachvollziehbar sein, wenn innerhalb der Parlamentarischen Reihen, zu Teilen noch nicht erkannt wurde, dass unsere Ansprüche absolut legitim sind. Aktuell aber gehen die Ansichten offensichtlich noch weit auseinander, obschon es doch an der Zeit wäre, sich endlich einander anzunähern. Und dies nicht mit einem Ergebnis, mit welchem die Einen sehr gut die anderen aber überhaupt nicht leben können. Was in unserer Sache jedoch genau den Sachverhalt zum Ausdruck bringt, denn es geht um unser Leben, welches bisher immer nur **eine** von Zwängen, Sorgen und Nöten geprägte Existenz war. Und wenn diese Aufarbeitung mit dem Solidaritätsbeitrag als abgeschlossen behandelt werden soll, dann können wir Betroffenen sicherlich nicht damit leben.

Der Schaden, welcher uns erwachsen ist kann weder mit Geld aufgewogen, noch ungeschehen gemacht werden. In Hinsicht auf dessen Ausmass und dass wir ein Leben lang davon gezeichnet sein werden, sollte jedoch gesunder Menschenverstand genügen, um unser Bedürfnis zu verstehen, auch noch die Sonnenseiten des Lebens erfahren zu dürfen. Ebenso wie auch ohne weitere Ausführungen verstanden werden sollte, dass uns dies nicht möglich sein wird, solange das Einkommen nicht ausreicht um am

sozialen Leben teilnehmen und die anfallenden Rechnungen bezahlen zu können. Was heute auf viele der Betroffenen zutrifft, da die Weichen für die Zukunft in deren Kindheit auf Armut gestellt wurden.

..... Ohne Frage begegnen wir heute sehr viel Empathie, sehr viel Entsetzen darüber was uns widerfahren ist und auch sehr viel Mitleid. Damit aber kann es genauso wenig getan sein wie mit dem Solidaritätsbeitrag, denn dies ändert nichts an unserer heutigen und zukünftigen Notlage. Weshalb mehr Unterstützungs- und Gesprächsbereitschaft absolut notwendig, auf jeden Fall angemessen und sowieso gerechtfertigt wäre. Und eine Institution so wie von der UEK mit dem Haus der neuen Schweiz vorgeschlagen, dafür eine ideale Kommunikationsbasis darstellen könnte.

Leider jedoch scheint sich diese Erkenntnis einigen noch nicht erschlossen zu haben. Und ich glaube im Namen vieler Betroffenen sprechen zu dürfen, wenn ich sage, dass wir unsere Politiker und Amtsstellen dringlich darum ersuchen, die Arbeiten und Empfehlungen der UEK wahrzunehmen. Denn Letztere hat sich nicht nur gründlich, sondern auch glaubwürdig und gemäss wissenschaftlichen Grundsätzen mit unserer Geschichte auseinandergesetzt.

..... Und bei meinen Begegnungen mit Wissenschaftlern der UEK hatte ich zwar immer ein gutes Gefühl. Doch wäre es unsinnig zu glauben, dass deren Empfehlungen lediglich auf Empathie und Sympathie beruhen könnten.

.... Zudem entsprechen diese Empfehlungen weder meinen persönlichen, noch den Idealvorstellungen anderer, einzelner Betroffener. Doch würden diese in deren Gesamtheit umgesetzt, dürfte sicherlich niemand mehr von einer unglaublichen Aufarbeitung sprechen.

Solange aber die Notwendigkeiten in dieser Sache nicht erkannt, verstanden und angemessen angegangen werden, darf man sich nicht über die zunehmende Unzufriedenheit unter den Betroffenen wundern. Oder ist es wirklich notwendig noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass wir unserer Kindheit und/oder unserer Jugend beraubt wurden. Dass nicht wenige, deren Kindheit als die Hölle auf Erden erleben mussten. Während andere Kind sein durften und deren Zukunft zumindest zu Teilen selbst mitbestimmen konnten. Unsere Zukunft aber im Wesentlichen durch das Leid bestimmt wurde, welches wir ohne eigenes Verschulden über uns ergehen lassen mussten. Und wir Heute genauso wie auch in Zukunft von diesem Leid nicht nur gezeichnet, sondern auch in vielen Belangen benachteiligt sind. Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Folgeschäden, mit welchen wir durch diesen konstanten und über Jahrzehnte andauernden psychischen Druck in Zukunft noch rechnen müssen.

Doch sprechen wir von Verantwortung, dann wird uns dies zum Vorwurf gemacht. Werden wir wütend, dann wird uns dies ebenfalls zum Vorwurf gemacht und wir werden nicht mehr gehört. Weshalb ich Sie an dieser Stelle darum bitten möchte, sich selbst die folgenden Fragen zu stellen:

- Wenn Sie selbst Ihre Kindheit als Hölle auf Erden erlebt hätten.
Wenn Sie danach Ihr Leben immer nur am sozialen Rand der Gesellschaft hätten verbringen müssen, weil Sie ohne eigene Schuld in Gesundheit und Ausbildung geschädigt wurden.
Wenn nach einem Leben der Benachteiligung Sie nun die Altersarmut erwartet.
Würde es in Ihrem Leben dann nicht auch Momente der Wut geben?
- Wenn Sie selbst solches hätten erleben müssen, während alle Instanzen deren Aufgabe es gewesen wäre hinzusehen und im Interesse des Kindes zu handeln diese Aufgabe nicht erfüllt haben. Könnten Sie die Frage der Verantwortlichkeit einfach ausblenden?

- Und würden Sie selbst nicht auch auf den Gedanken kommen, dass Bund und Kantone letztendlich jene Instanzen sind, welche in einer angemessenen Art und Weise dafür Sorge tragen sollten, dass auch Ihnen ein menschenwürdiger Lebensabend vergönnt sei?

Solche Argumente einzubringen scheint jedoch bereits an Ketzerei zu grenzen, weil die Nennung solcher Tatsachen leider nicht bei wenigen als Angriff oder als verletzend aufgenommen wird.

..... Aber darf bei der Geschichte fürsorglicher Zwangsmassnahmen Verantwortung einfach ausgeklammert werden?

..... Sollte tatsächlich noch immer nicht verstanden worden sein, dass wir uns nicht bereichern sondern lediglich ein wenig Lebensqualität erfahren wollen?

Wozu es weder goldene Armaturen im Bad, noch eine Hochseejacht braucht, sicherlich aber genug um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Uns auch einmal Ferien, Freunde einzuladen oder anfallende Reparaturen leisten zu können.

..... Genau darüber habe ich mich mit sehr vielen ganz unterschiedlichen Menschen unterhalten. Vom Stadtgärtner über Sozialarbeiter, Ingenieuren, Business Consultants, Reinigungskräften, Ärzten usw. Und dabei habe ich den Standpunkt eingenommen, dass eigentlich jedem Betroffenen mit Opfereigenschaften ein Einkommen garantiert sein sollte, welches dem einer berufstätigen Person mit Berufsabschluss gleichkommen müsste. Wobei ich bei dem Betrag von einem mittleren Einkommen ausgegangen bin und sich bei all diesen Gesprächen kaum einer befand, welcher diese Ansicht nicht mit mir teilte.

Weshalb also scheint die Meinung all dieser unterschiedlichen und mir meist unbekanntem Bürger, so sehr von den Ansichten unseres Parlamentes zu differenzieren?

Darf es sein, dass unsere Not einfach weiterhin stillschweigend hingenommen wird?

Dürfen wir die Aufarbeitung als abgeschlossen erklären, oder sollten wir nicht vielmehr zu der Überzeugung gelangen, dass Letztere gerade erst begonnen hat?

Kann es der Gesetzgeber verantworten immer nur zu sagen, es würden zu viele Hürden bestehen, um jenes umzusetzen was eigentlich richtig und angemessen wäre?

Mit diesen Fragen und herzlichem Dank für Ihre Aufmerksamkeit möchte ich nun meine Ansprache beenden. Dies aber nicht ohne der UEK für deren Arbeit, genauso wie auch für deren Vorgehensweise meinen Dank, sowie auch meine Hochachtung zu bekunden.

Und selbstverständlich stehe ich bei Fragen allen Interessierten sowohl heute, als auch in Zukunft zur Verfügung.

Danke